



Medienmitteilung

Luzern, 24. August 2017

Steine und Böller gegen die Polizei - vier Polizisten verletzt!

VSPB – Gestern wurden in Basel vier Polizisten bei einer unbewilligten Kundgebung durch Steinwürfe verletzt. Einer von ihnen musste ins Spital. „Einmal mehr wurden die Grenzen ganz klar überschritten“, betont Johanna Bundi Ryser, Präsidentin des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB, und fordert ein rasches Handeln der Politik: „Im letzten Jahr wurden verschiedene Vorstösse zur Verschärfung der Strafen bei Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte eingereicht, die müssen unabhängig von der Agenda behandelt werden!“

Zu den Ausschreitungen kam es – wie schon vor einiger Zeit in Bern – im Nachgang einer Hausräumung. Dabei versammelten sich am Abend rund 200 Personen und zogen ohne Bewilligung durch die Stadt. Auf ihrem Weg schossen die Chaoten Böller ab und zündeten Feuerwerk sowie Pyro-Fackeln. Bei der Konfrontation mit der Polizei errichteten sie eine Strassensperre und warfen Steine, Feuerwerk und Böller gegen die Polizistinnen und Polizisten. Neben den verletzten Polizisten gab es auch erheblichen Sachschaden. Die Polizei kontrollierte sieben Personen, die nach einer Identitätsklärung wieder vor Ort und ohne Konsequenzen entlassen wurden. „Die Täter konnten den Ort verlassen, für einen unserer Kollegen führte der Weg aber ins Spital“, betont die VSPB-Präsidentin.

In den letzten Wochen kam es mehrmals zum Teil zu massiven Übergriffen gegen Polizistinnen und Polizisten. So wurden in Zürich mehrere Polizisten bei Festnahmen angegriffen und verletzt. „Das darf nicht einfach so hingenommen werden. Wer jetzt nicht handelt, solidarisiert sich mit den Tätern“, sagt Johanna Bundi Ryser und fordert: „Wenn solche Leute in Kauf nehmen, dass Polizistinnen und Polizisten verletzt werden, dann müssen wir durchgreifen können.“ Die grösste Chance für eine politische Einigkeit sieht der VSPB für die zwei parlamentarischen Initiativen der Nationalräte Marco Romano (CVP) und Bernhard Guhl (BDP). Die identisch lautenden Vorstösse fordern bei Angriffen gegen Beamte eine minimale Freiheitsstrafe von 3 Tagen. Zudem sollen die Gerichte die Möglichkeit erhalten, das Strafmass – im qualifizierten Wiederholungsfall – zu verdoppeln. „Die Zeit läuft und diese Vorstösse müssen jetzt umgehend behandelt werden«, fordert Bundi Ryser.

Für weitere Informationen:

- Auf Deutsch: Johanna Bundi Ryser, Präsidentin VSPB, Tel. 079 609 50 90
- Auf Französisch und Italienisch: Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64